

Verhältnis zu Russland



Russland hat gewählt. Vladimir Vladimirovich Putin ist jetzt wieder Präsident, nachdem er zuvor nur 'Präsident' war. Der ob dieses Resultates gerührte Vladimir Vladimirovich war allerdings nicht der Einzige, der am Wahlabend Tränen vergoss. Das taten andere aus Verzweiflung oder wegen des Tränengases.

•••

Die Art und Weise, wie in Russland Macht ausgeübt wird, hinterlässt mich ratlos, die Entschlossenheit jener, die sich dagegen stellen, macht Hoffnung. So brutal die Sicherheitsorgane auch vorgehen mögen, so offensichtlich sind die Wahlbeschlüsse und so bewundernswert ist die kollektive Wut im Internet, aber auch auf öffentlichen Plätzen. Ein bisschen arabischer Frühling im russischen Winter. Also fragt man sich als Neu-Aussenpolitiker, was Europarat oder OSZE, geschweige denn die Schweiz tun können, um die demokratischen Strukturen in Russland, die Transparenz, die Menschenrechte zu fördern.

•••

Wenn Tausende von Wahlbeobachtern beobachten und berich-

ten, wie gefälscht, manipuliert und gedroht wird und aus der Beobachtung nichts als eben ein Bericht resultiert, ist das weit entfernt von tatsächlicher Einflussnahme auf die «lupenreinen Demokraten» im Kreml. Russland weigert sich vor den Augen der Welt seit Jahren konsequent, die Ermordung von zahlreichen Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und Regimekritikern aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Der russische Staat setzt sich kalten Hinterns in aller Öffentlichkeit über Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte hinweg und schützt schlimmste Kriegsverbrechen im Nordkaukasus. Die Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten, aber etwa auch von Schwulen und Lesben dürfen nicht einmal öffentlich eingefordert werden, ohne sich massiver Repression auszusetzen. Europa und die Schweiz suchen derweil den freundschaftlichen Dialog mit der Allmacht.

•••

Nichts dagegen, aber wenn wir wirklich Wirkung auf Russland erzielen wollen, dann muss der Menschenrechts- und Demokratiedialog auch in den Handelsbeziehungen geführt werden. Genau so, wie es der Bundesrat zur Genugtuung unserer ehemaligen Bundesrätin Calmy-Rey im Mai 2011 beschlossen hat: Alle Treffen im Rahmen der internationalen Beziehungen sollen systematisch für die Förderung der Menschenrechte genutzt werden. Nun hat der Bericht des Bundesrates zur Aussenwirtschaftspolitik die Dicke eines gutschweizerischen Telefonbuchs. Zu Menschenrechten und Demokratie steht darin kein Wort.

Martin Naef